

Antrag

der Fraktion der AfD

60 Jahre Mauerbau: Thüringen soll des schicksalhaften Ereignisses und der Opfer von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl würdig gedenken

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mit dem am 13. August 1961 begonnenen Bau der Berliner Mauer vollendete das SED-Regime die erzwungene Abschottung der DDR-Bevölkerung, forcierte deren Unterdrückung und vertiefte die Teilung Deutschlands.
2. Das Grenzregime an der Berliner Mauer forderte zwischen 1961 und 1989 mindestens 140 Todesopfer, insgesamt kosteten Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze weit über 600 Menschen das Leben. Sie wurden bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen, von DDR-Grenzsoldaten erschossen oder starben bei ihrer Flucht, indem sie in Gewässern ertranken, tödliche Unfälle erlitten oder bei ihrer Entdeckung Selbstmord begingen.
3. Die Berliner Mauer und die Opfer des DDR-Grenzregimes stehen symbolhaft für den Unrechtscharakter der SED-Herrschaft, die ihren Fortbestand nur zu sichern wusste, indem sie die Menschen im Land einsperrte und mit einem Geheimdienst- und Unterdrückungsapparat unter Kontrolle hielt, der auf Bespitzelung, Denunziantentum, Diffamierung und Kriminalisierung beruhte.
4. Der Jahrestag des Mauerbaus gemahnt in besonderer Weise daran, dass jeglicher Sozialismus per se zu Unfreiheit, Unrecht und Mangelwirtschaft führen muss.
5. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte, den geistigen Wurzeln, der Herrschaftsstruktur und den Nachwirkungen der DDR bleiben eine zentrale Aufgabe, insbesondere mit Blick auf die Lehrpläne unserer Schulen und auf die politische Bildungsarbeit in Thüringen. Diese Aufgabe gilt es, auf dem Boden eines antitotalitären Konsenses zu erfüllen.

- ##### II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zum 60. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 2021 eine zentrale Thüringer Gedenkveranstaltung durchzuführen, bei der des historischen Ereignisses, des Unrechtscharakters der DDR und der Opfer von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl würdig gedacht wird.

Begründung:

Mit dem am 13. August 1961 begonnenen Bau der Berliner Mauer reagierte das SED-Regime der DDR auf die anhaltende Massenflucht der Menschen aus seinem Herrschaftsbereich. Zwischen 1949 und Sommer 1961 waren etwa 2,7 Millionen Menschen aus der DDR geflüchtet, wodurch die DDR-Wirtschaft und die SED-Herrschaft in ihrer Existenz bedroht waren. Während die innerdeutsche Grenze zwischen Ostsee und Erzgebirge längst massiv abgeschottet war, war der Grenzübergang im geteilten Berlin noch bis Anfang der 1960er Jahre gefahrlos möglich. Spätestens im Frühjahr 1961 beschloss die SED unter Führung Walter Ulbrichts daher, dieses "Schlupfloch" mittels einer Mauer zu schließen, deren Bau dann im August 1961 in die Tat umgesetzt wurde.

Schon wenige Tage nach Baubeginn war das erste Todesopfer der Mauer zu beklagen, der 24-jährige Günter Liffin. Ihm folgten zahlreiche weitere: Mindestens 140 Menschen starben an der Berliner Mauer, und insgesamt kostete das Gewaltregime an der DDR-Grenze zur Bundesrepublik Deutschland mindestens 600 Menschen das Leben, davon etwa 100 im Thüringer Abschnitt der DDR-Grenze. Zu den Opfern von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind auch jene zu rechnen, deren Flucht vereitelt wurde und die in der Folge Gefängnisstrafen und Repressionen ausgesetzt waren oder jene, die in den Wochen nach dem 13. August 1961 verhaftet wurden, weil sie in der einen oder anderen Weise Kritik am Mauerbau zu erkennen gaben. All diese Opfer der SED-Herrschaft symbolisieren in besonderer Weise den Unrechtscharakter des totalitären SED-Regimes und versinnbildlichen, wohin der Sozialismus führt.

Die historischen Ereignisse um den 13. August 1961 und das Schicksal der Opfer dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Daher ist es eine bleibende Aufgabe, die DDR-Vergangenheit nicht zuletzt wissenschaftlich aufzuarbeiten, sie in Schule und politischer Bildung zu vermitteln und die öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und dem SED-Unrechtsregime zu befördern. Hierzu bietet gerade der 60. Jahrestag des Mauerbaus einen Anlass. Dieser Jahrestag sollte in Thüringen mit einer zentralen Gedenkveranstaltung begangen werden.

Für die Fraktion:

Braga